Nummer 22 — Halle, Mittwoch, den 27. Januar 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Bezugsstellen ohne Bringerlohn 1.50 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.05 Reichsmark. für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Grundzeilen. Verlagsort: Halle. Fernsprecher: 1 u. 6. Geschäftsstelle 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7631. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halleschen". Bank-Rechnung: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 42815. Geschäftsführer u. Schriftleiter: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Den Vorsitz im Bunde der Auslandsdeutschen haben, wie der Bund der Auslandsdeutschen uns mitteilt, Gouverneur z. D. Dr. Schnee (als erster Vorsitzender) und Reichstagsabg. Dr. Fenß (als erster stellvertretender Vorsitzender) übernommen. Bei Gelegenheit der Uebernahme fand eine Veranstaltung statt, bei der neben dem Präsidium des Reichstags auch das Auswärtige Amt, das Reichsinnenministerium, Reichsfinanzministerium, Reichsentschädigungsamt, Reichswirtschaftsgericht und 36 Verbände vertreten waren, mit denen der Bund der Auslandsdeutschen in enger Beziehung steht.

*

Der Austausch der deutschen und der polnischen Zollmunschlisten ist, wie verabredet war, am 25. Januar erfolgt. Beide Delegationen werden zunächst die ihnen überreichte Liste prüfen und dann die Einzelberatungen in der für die Zollfragen vorgesehenen Kommission aufnehmen.

Der soeben durch ein Kompromiß der Parteien festgesetzte polnische Staatshaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 200 Millionen Zloty ab, die man durch Reorganisierung der Staatsunternehmungen, besonders der Eisenbahn, decken will. Der Erfolg wird als sehr zweifelhaft angesehen.

*

Nach den bis Abgang dieses Berichtes vorliegenden Einzelberichten aus dem Reiche hat die letzte Woche die Periode der Arbeiterkündigungen und Betriebsstillegungen unvermindert fortgesetzt. Der Zugang der Arbeitslosen im Reiche ist auch für die letzte Woche wieder mit 150 000 bis 180 000 anzunehmen. Betriebsstillegungen sind in der Berichtswoche 467 gemeldet.

*

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Erleichterung wirtschaftlich notwendiger Betriebszusammenschlüsse (Fusionen) eingebracht.

*

Der Zulassungsantrag der Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei für ein Volksbegehren auf Einbringung eines Reichsgesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen, ist gestern durch die Mitglieder des Reichstages Wels, Ludwig und Thaelmann im Reichsministerium des Innern eingereicht worden.

*

Wegen der Veröffentlichung des Dittmannschen Referats in Sachen der Marinemeutereien als Broschüre haben die beiden Rechtsparteien Interpellationen im Reichstag angekündigt. Die inzwischen erfolgte Inhibierung der Dittmannschen Broschüre durch den Reichstagspräsidenten ist auf Intervention der Reichsregierung zurückzuführen. Dittman hatte für die Abgabe seines Referats zur gleichzeitigen Veröffentlichung als Broschüre 6500 Mark Honorar erhalten. — Revolution als Privatgeschäft; man kennt das schon.

*

Die französischen Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland werden ab 1. Februar erhöht. Ein Brief nach dem Ausland wird 2,25 Frank, eine Postkarte 0,75 Frank kosten. — Da die Entwertung des Franken nur rund ein Fünftel beträgt, sind das besonders für Briefe phantastisch hohe Sätze.

*

Der französische Ministerpräsident Briand hat an den französischen Gesandten in Bukarest Weisungen erteilt, bei der ungarischen Regierung darauf zu bestehen, daß die Anwesenheit französischer Vertreter beim Verhör der Angeklagten in der Frankenfälschungssache gestattet werde.

Die Wiener Blätter melden aus Budapest: In Ungarn sind über 200 oppositionelle Führer in den letzten Tagen festgenommen worden.

*

Auf der gestrigen Zusammenkunft der Vertreter der englischen Eisenbahnergewerkschaften zeigte sich ein Teil der Delegierten entschieden einer Einigung mit den Eisenbahngesellschaften freundlich. Der Konferenz hatte ein Antrag vorgelegen, am Freitag abend den Streik zu beginnen, jedoch hat sich die Konferenz mit einer schwachen Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen und die Entscheidung des Lohnamtes angenommen. — Die außerordentlich ernste Gefahr eines Generalstreiks der englischen Eisenbahner ist damit vorläufig beseitigt.

*

Der amerikanische Senat nahm mit 68 gegen 26 Stimmen den Antrag auf Schluß der Debatte in der Frage des Beitrittes Amerikas zum Weltgerichtshofe an. Damit steht fest, daß innerhalb weniger Tage die Schlußabstimmung über diese Frage stattfinden und zu der Annahme der Resolution des Senators Swanson, die sich für den Beitritt Amerikas ausspricht, führen wird.

*

Der Pariser „Herald" meldet aus Buenos Aires: Im argentinischen Senat begegnet die Regierungsvorlage auf Wiedereintritt Argentiniens in den Völkerbund lebhaften Widerspruch. Etwa zwei Drittel der Senatoren ist gegen den Wiedereintritt.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet: Die Türkei hat die englischen Vorschläge wegen Mosul abgelehnt. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen, stehen aber ungünstig. Die Türkei lehnt auch ab, ihre mobilisierten Truppen von der Grenze des Mosulgebietes zurückzuziehen.

Heute Regierungserklärung.

In ihren Besprechungen am Montag sind die Regierungsparteien dahin übereingekommen, daß nach Möglichkeit die Parteierklärungen zur Kanzlerrede auf die gemeinsamen Ziele der Regierungskoalition hinweisen sollen unter Fortlassung der Trennungsmomente, die in der Koalition selbst bestehen. Auch zwischen Demokraten und Sozialdemokraten fand Montag mittag wieder eine Konferenz statt. Die Sozialdemokratische Partei hat Montag früh offiziell dem Antrag der Fraktionsleitung zugestimmt, daß sich die Partei an einem Mißtrauensvotum gegen das neue Kabinett nicht beteiligen wird.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Dienstag einberufen worden, um die letzten Disposition für die große politische Aussprache zu treffen, die am Dienstag nachmittag 2 Uhr mit der Programmerklärung des Reichskanzlers Dr. Luther ihren Anfang nimmt.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, wird die Sitzung voraussichtlich nach der Regierungserklärung vertagt werden, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Man rechnet damit, daß die Debatte sich bis zum Freitag hinziehen wird, und daß an diesem Tage dann die Abstimmung über die Billigung formal der Regierungsparteien und die Mißtrauensvoten der Opposition erfolgen wird. Bisher sind

Mißtrauensvoten

von der völkischen und der kommunistischen Fraktion angekündigt worden. Die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, sowie die Wirtschaftliche Vereinigung machen ihre Stellungnahme von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig.

Die Regierungserklärung

liegt zurzeit im Entwurf des Kanzlers vor und wird bis zur Ministerbesprechung von den zuständigen Ressorts noch überprüft werden. Sie ist, wie die „B. Z." meldet, verhältnismäßig kurz. Ihr Vortrag wird etwa 20 Minuten in Anspruch nehmen.

Sachlich hält sich das Programm des Reichskanzlers auf ungefähr der gleichen Linie wie seine erste Regierungserklärung vor einem Jahre. In der inneren Politik wird speziell der Not der Zeit Rechnung getragen werden, insofern, als der Kanzler sich für verstärkten Arbeiterschutz und einen notwendigen Ausbau der Arbeitslosenfürsorge aussprechen wird. Die sozialpolitische Richtung des neuen Kabinetts wird es der Sozialdemokratie ohne weiteres ermöglichen, bei der Abstimmung über die Regierungserklärung ihr Billigungsvotum auszusprechen. — Die Außenpolitik wird unverändert fortgeführt werden. Die Erklärung wird in dieser Verbindung auf die Notwendigkeit einer zufriedenstellenden Regelung der Besatzungsfragen hinweisen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird am Tage der Abgabe der Regierungserklärung noch nicht das Wort ergreifen.

Verschiebung der Abrüstungsvorkonferenz?

Trotz des von Genf gegebenen Dementi behaupten Meldungen der ausländischen Presse, namentlich aus Paris, daß die Abrüstungsvorkonferenz, die für den 15. Februar geplant ist, verschoben werden müsse. Hiernach erscheint es, als wenn Paris ein Interesse an dieser Verschiebung hätte.

Nach dem das neue Kabinett gebildet ist, hat der Reichsminister des Auswärtigen den Generalsekretär des Völkerbundes auf Schreiben vom 22. Januar mitgeteilt, daß die Reichsregierung der Einladung zu der Tagung des Vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz in Genf Folge leisten wird und die Benennung der deutschen Delegierten für die Tagung sich vorbehält.

Die Deutsche Diplomatische Politische Korrespondenz bemerkt dazu: Deutschland hat an dem Zustandekommen der Abrüstungskonferenz und an einem positiven Ergebnis aller in dieser Richtung gehenden Bestrebungen als einzige abgerüstete Großmacht inmitten hochgerüsteter Nachbarn ein viel zu offenkundiges und selbstverständliches Interesse, als daß es nicht seinerseits das menschenmögliche dazu tun würde, um der Konferenz zu einem Erfolge zu verhelfen.

Japan mobilisiert!

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Tokio: Die Hafenkommandos in allen japanischen Häfen sind Sonntag nacht von der Admiralität übernommen worden. Man will hierin die erste Maßnahme zur allgemeinen Mobilisierung erblicken, doch gilt diese Annahme den Tatsachen voraus. Tokio sieht Massendemonstrationen vor den Regierungsgebäuden für einen Krieg gegen Sowjetrußland, wenn dieses in die Mandschurei einrücken sollte.

Die Londoner „Times" melden aus Peking: Der japanische Botschafter hat den in Peking beglaubigten Botschaftern und Gesandten eine offizielle Mitteilung zugehen lassen, wonach Japan seine Neutralität in der chinesischen Frage aufzugeben gezwungen sei, sobald eine dritte Macht militärisch die Grenzen Chinas verletzen wird. Die Pekinger Regierung erwartet die japanische Intervention bei einem Vormarsch der roten Truppen.

Tschangtsolin gibt nach.

Aus Moskau wird gemeldet: Tschangtsolin ordnete die Freilassung Iwanoffs sowie sämtlicher anderen Verhafteten an.

— Es ist möglich, daß infolge dieses Nachgebens Tschangtsolins die Kriegsgefahr in Ostasien einstweilen vermieden wird, zumal die jetzige Winterszeit zur Kriegführung wenig geeignet ist. Aber der Gegensatz der Interessen zwischen England, Japan und Rußland bleibt bestehen. Eine gütliche Einigung, selbst nur auf längere Zeit, ist außerordentlich zweifelhaft.

Interessant ist, daß die englische Presse jetzt ganz offen für Tschangtsolin eintritt und ihn als den einzig gegebenen Mann für den chinesischen Kaisertron bezeichnet. Vielleicht wird er aber gerade durch diese englische Gönnerschaft für die starke, von Rußland unterstützte nationale Bewegung in China untragbar.

Jetzt hängt alles davon ab, ob Rußland, durch die von England geschickt veranlaßte Rachgiebigkeit Tschangtsolins um seinen Verwand für eine Eroberung der reichen Mandschurei gebracht, nun wirklich halt macht oder trotzdem einmarschiert. Es wäre angesichts der Gefahr, England, Japan und ev. in letzter Minute doch noch sogar auch die chinesische Nationalbewegung gegen sich zu haben, ein so gewagter Schritt, daß man ihn den außerordentlich vorsichtig arbeitenden Sowjetführern nicht so ohne weiteres zutrauen kann.

Allerdings weiß man nicht, ob Japans Drohungen nicht nur ein Täuschungsmanöver sind, um England irrezuführen, und ob nicht Japan sich mit Rußland längst geeinigt hat. Das würde durchaus im Interesse beider Länder liegen, denn dadurch würde der englische Einfluß auf China ausgeschaltet und sie könnten sich dann um so leichter endgültig über das heute wehrlose China einigen.

Gegen die russischen Uebergriffe.

Der Abg. Dr. Freiherr v. Freytagh-Loringhoven („Dn.) hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht

Nach Zeitungsmeldungen sind Mitte Dezember in Georgien zwei deutsche Konsularagenten von den Sowjetbehörden verhaftet worden. Desgleichen wird gemeldet, daß fünf deutsche Ingenieure vor mehrere Monaten in Sowjetrußland verhaftet und nach Sibirien deportiert werden sind. Ist die Regierung, falls die Meldungen zutreffen, bereit, mitzuteilen, weshalb die Tatsachen der deutschen Oeffentlichkeit vorenthalten worden sind? Und ist sie entschlossen, den Sowjetbehörden gegenüber den deutschen Standpunkt nach allen Richtungen Geltung zu verschaffen? 7

*

Die deutsche Regierung hat Sonntag wegen der Verhaftung der deutschen Konsularagenten einen zweiten Schritt in Moskau unternommen. Sie verlangt nunmehr auch über die den Verhafteten zur Last gelegten Straftaten Aufklärung, sowie die Zulassung eines deutschen Vertreters zu den Gerichtsverhandlungen. Die gestern gebrachte Moskauer Meldung der „Morningpost", daß die Oberste Sowjetgerichtsbehörde die Haftentlassungsanträge verworfen hat, muß in Berlin leider als richtig zugegeben werden.

Amerika zu Hindenburg.

Die „Neuyork Times" erklärt in einem Leitartikel über das neue deutsche Reichskabinett: Das Eingreifen des Reichspräsidenten war um so wirkungsvoller, als die Gründe für die sechs Wochen andauernde

Krise von frivoler, parteimäßiger und persönlicher Art

gewesen waren. Im weiteren Verlauf des Artikels sagt das Blatt wörtlich: „Die Besorgnisse, die durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten erregt worden waren, haben sich nicht als gerechtfertigt erwiesen.

Die „Neuyork America" sagt in dem „Freiheit" überschriebenen Leitartikel: Der Reichspräsident von Hindenburg warnt Deutschland. Seine Politiker müssen wissen, wie sie zusammenarbeiten sollen,

wenn das Land der Diktatur entgehen will.

Die gleiche Warnung wäre in Frankreich nötig, bevor es zu spät ist. Nicht nur im Leben der Völker hängt der Begriff Freiheit davon ab, wie er angewendet wird, sondern auch im privaten und öffentlichen Leben hängt das Maß der Freiheit von dem Gebrauch ab, den man von ihr macht.

Und das sagen Leute aus dem „demokratischsten und freiesten Lande der Welt"!

„Kohle und Kraft."

Zur englischen Kohlenkrisis.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

Das Anfang Februar zu einer neuen Tagung zusammentretende englische Parlament wird sich in erster Linie mit zwei Gesetzentwürfen von einschneidender Bedeutung zu beschäftigen haben: einem Kohlengesetz und einem Kraftgesetz.

Als Baldwin kürzlich in Birmingham in kurzen Umrissen das Schema der Regierung für die Erweiterung und Vereinheitlichung des bestehenden Netzes von Kraftstationen, für die Versorgung des Landes mit billiger Elektrizität und für eine rationelle Angliederung der Elektrizitäts- an die Kohlenindustrie entwickelte, bewegte er sich allerdings im großen und ganzen in den Spuren Lloyd Georges, der schon längst in seiner Schrift „Kohle und Kraft" die Grundzüge einer Reorganisation und Koordination der beiden Industrien niedergelegt hatte.

Auch der von den Bergarbeitern der Kohlenkommission unterbreitete Vorschlag lehnt sich, rein technisch genommen, an die Anregungen Lloyd Georges an, läuft aber, politisch betrachtet, auf Sozialisierung hinaus, während sich Baldwins Plan die Kontrolle über die beiden Industrien einem „nationalen Direktorium von Industriellen mit behördlichem Charakter" vorbehält.

Bei den vorgesehenen Regierungsmaßnahmen handelt es sich um einen ausgedehnten Komplex von Neuerungen technischer und administrativer Natur, deren Durchführung sich über Jahre erstrecken wird und daher als Lösung der Kohlenkrise im engeren Sinne des Wortes nicht angesehen werden kann. Diese unmittelbare Kohlenkrise wird nach wie vor in den nächsten Monaten akut.

Es bedurfte der noch nie dagewesenen industriellen Notlage, um die konservative Regierung zu ihrer Aktion aufzurütteln, die eine Mischung liberaler und sozialistischer Ideen mit konservativer Bremsvorrichtung darstellt. Von der Modernisierung der englischen Grundindustrie erhofft man eine weitgehende günstige Beeinflussung der Industrie im allgemeinen und damit auch endlich die Lösung des unter heutigen Verhältnissen hoffnungslosen Problems der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus soll der Regierungsplan die kulturelle Bestimmung haben, die notorische Rückständigkeit Englands auf dem Gebiete des Elektrizitätswesens in das Gegenteil zu verkehren, der Kohlenindustrie des Landes die ihr innewohnenden Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen und überhaupt England seine frühere Vormachtstellung als Industriestaat zurückzuerobern.

Man hofft sogar, mit der Verwirklichung des Projekts vorbildliche Pionierarbeit zu leisten. Die veralteten Betriebseinrichtungen und Arbeitsmethoden der englischen Bergwerke sollen eine so durchgreifende Erneuerung erfordern, daß die bestehende Maschinerie völlig zum alten Eisen geworfen und durch Anlagen ersetzt werden kann, denen die letzten Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik zugute kommen. Dadurch will man all die anderen Nationen schlagen, die jetzt auf diesem Gebiete zweifellos einen erheblichen Vorsprung haben.

„Es klingt alles sehr schön in der Theorie", äußerte sich Sir Herbert Walker, der Generaldirektor Südbahn, „aber wir müssen abwarten, wie es sich in der Praxis ausnehmen wird."

Zweifellos: die Regierung hat sich eine stolze Aufgabe gestellt. Größer aber noch als die technischen Schwierigkeiten werden die politischen sein. Eine ganze Reihe von Fragen politischer Natur harren der Lösung. Sollen die Kohlenabbaurechte abgeschafft werden? Wie sollen die vielen kleineren Bergwerke in Privatbesitz in das Reorganisationsschema einbezogen werden? Wie sollen die widerstrebenden Interessen in den verschiedenen Kohlendistrikten unter einen Hut gebracht werden? Was soll mit den Hunderten von kleinen Kraftstationen geschehen, die heute auf eigene Faust wirtschaften und nach ihrer ganzen Anlage nicht in das geplante Einheitssystem hineinpassen? Wie will man die Autorität des nationalen Direktoriums von Industriellen mit behördlichem Charakter diesen kleinen Stationen gegenüber zur Geltung bringen? Soll Zwang angewendet werden? Will der Staat gegebenenfalls das Enteignungsverfahren einleiten? Das sind Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, deren Lösung besonders einer konservativen Regierung nicht leicht fallen dürfte.

Außerdem: woher die zur Durchführung nötigen Riesenkapitalien nehmen, wo heute schon das Land unter hoher Steuerlast bei ungenügendem Gang der Wirtschaft stöhnt? Der Kostenaufwand wird — von der Regierung — auf mindestens 35 Millionen Pfund (700 Millionen Mark), die Zeit der Durchführung des Werkes auf rund 10 Jahre geschätzt.

Genaue Einzelheiten über den Regierungsplan werden erst bekannt werden, wenn die beiden Gesetzentwürfe im Parlament eingebracht werden. Das soll gleich nach der Eröffnung Anfang Februar der Fall sein. Der Transportminister, der die Entwürfe ausarbeitet, steht zurzeit in Unterhandlungen mit Vertretern der beteiligten Industrien. Wie der Plan jetzt vorliegt, also nur in großen Umrissen, wird er von der konservativen Presse begrüßt, von der liberalen kritisiert, soweit er sich nicht mit dem Programm Lloyd Georges deckt, und von der arbeiterparteilichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260127018/fragment/page=0001

Presse abgelehnt. Das Prinzip selbst wird allgemein gebilligt; über seine mehr oder minder radikale Anwendung und besonders über die Frage der Kontrolle — Staat oder Privatindustrie — gehen die Meinungen auseinander.

Die Hoffnung der Regierung, daß die Gesetzentwürfe nicht aus dem Gesichtswinkel der Parteipolitik beurteilt werden mögen, ist daher reichlich optimistisch, und wahrscheinlich ist, daß die wirtschaftliche Kohlenkrisis zu einer politischen Kohlenkrisis schlimmster Art wird.

Der London „Daily Telegraph" berichtet, daß nach Ende April eine Fortsetzung der Regierungsbeihilfe für die Kohlenindustrie wahrscheinlich notwendig werde. Wenn infolge der Empfehlungen der Kohlenkommission gesetzliche Maßnahmen getroffen werden sollten, so würden sie vielleicht nicht vor Ende Juni Gesetzeskraft erlangen können.

A. Busse.

Der Reichsgerichtspräsident über Südtirol.

Der Präsident des Reichsgerichtes, Dr. Simons, hielt gestern in Berlin einen Vortrag über: „Das Recht der Minderheiten", und unterzog u. a. die rechtliche Lage der Südtiroler einer streng-wissenschaftlichen Prüfung.

Italien habe zwar keinen Minderheitenvertrag unterzeichnet, aber die italienische Regierung habe bei der Uebernahme Südtirols in feierlicher Form eine liberale Behandlung der neuen Untertanen deutscher Abstammung zugesichert. Auch der Völkerbund habe in seiner Tagung von 1922 eine allgemeine Entschließung gleichen Inhaltes, die sich in ihrer Anwendung unzweifelhaft auf Italien bezogen habe, gefaßt, und tatsächlich habe denn auch die italienische Regierung bis zum Herbst 1923 loyal diese liberale Politik in Südtirol innegehalten. Erst im Oktober 1923 habe durch den Erlaß des Präfekten von Trient die neue italienische Politik eingesetzt.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons kam zu dem Schluß, daß unzweifelhaft in der Mißachtung feierlicher Versprechen durch Italien auch völkerrechtlich eine Verletzung geltenden Rechtes gegeben sei.

*

Das italienische Schulamt Trient hat mit Erlaß vom 18. Januar 1926 verfügt, daß in Südtirol der Unterricht des Deutschen als zweite Sprache eingestellt werde. In den Klassen mit italienischer Unterrichtssprache dürfen daher deutsche Anhangsstunden nicht mehr erteilt werden, und es darf der Unterricht nur in italienischer Sprache erfolgen.

Wie die Innsbrucker Nachrichten melden, ist durch ein italienisches Dekret die deutsche Benennung der Eisenbahnstationen in Südtirol verboten und die sofortige Entfernung der deutschen Namenstafeln angeordnet worden.

Reform des Familienrechts in Italien.

Wie die italienischen Blätter melden, ist nunmehr der Kommissionsbericht über die Abänderung der Bestimmungen über die Erforschung der Vaterschaft fertiggestellt worden. Diese soll in einer Reihe von Fällen zugelassen werden. Ferner soll die Verführung unter Vorspiegelung des Eingehens der Ehe unter Strafe gestellt werden. Die Kinder einer rein kirchlichen Ehe, die bisher vom Staate als ehelich nicht anerkannt wurden, sollen auf Antrag nach Vorlegung der kirchlichen Trauungsurkunde als ehelich anerkannt werden können.

Wie die amtliche Londoner Reuteragentur erfährt, sind bei den Besprechungen zwischen Churchill und dem italienischen Finanzminister Grafen Volpi gute Fortschritte in der Kriegsschuldenfrage erzielt worden. Heute soll eine weitere Zusammenkunft stattfinden, bei welcher, wie man hofft, eine Einigung über den Entwurf eines Abkommens herbeigeführt werden wird.

Preußen sozialisiert weiter.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich mit der Vorlage über Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landeskultur. Zu diesem Zweck soll

eine Auslandanleihe von 150 Millionen Mark

aufgenommen werden. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erklärte, der Augenblick zur Aufnahme von Auslandanleihen sei gegenwärtig sehr günstig. Handelsminister Dr. Schreiber legte die Notwendigkeit der Ausgaben für die Bergwerksverwaltung und die Elektrizitätswirtschaft dar. Hierauf nahm der Finanzminister nochmals das Wort, um darzulegen, daß entsprechend dem Staatsschuldentilgungsgesetz aus dem Ueberschuß von 1924 rund 72 Millionen zur Tilgung der Staatsschulden und zur Verrechnung zur Goldmark-Anleihegesetze verwendet worden seien. Durch diese Anleihegesetze wurden rund 41,4 Millionen zu Landes-Meliorationen, rund 70 Millionen aber aus dem Ueberschuß von 1924 für Elektrizitätswerke, Häfen, Bergwerke und Zwecke der Landeskultur bereitgestellt.

Diese Vorschüsse sollen durch die neue Anleihe abgedeckt werden. Der Rest von 80 Millionen soll ebenfalls dem Ausbau der Elektrizitätswerke, Häfen und Bergwerke und zum Teil zwecks der Landeskultur und der Siedlung dienen. Die Anleihe soll nur dann aufgenommen werden, wenn wesentlich bessere Bedingungen als bisher für auswärtige Anleihen erzielt würden. Die vorschußweise Verwendung von 70 Millionen seit wirtschaftlich notwendig gewesen und darum bitte der Minister diese Ausgaben nachträglich zu genehmigen.

Abg. Hermes (Ztr.) führte aus, daß die Regierung nicht mit staatlichen Mitteln zu wirtschaften dürfe, wie es in der Denkschrift nachgewiesen sei.

Abg. Richter v. Richter (Dvp.) erklärte, daß seine Partei nachträglich Indemnität für Ueberschreitung der Papiermarkbeträge in der Inflationszeit erteilen werde. Die Ausschaltung des Landtags bei der Verwendung der vom Reich überwiesenen Mittel sei untragbar. Dem Anleihegesetz könne man zustimmen.

Abg. Ebersbach (Dnat.) erklärte, seine Partei werde nicht für die Indemnität stimmen. Die 150 Millionen würden nicht ausreichen. Dem Grundgedanken der Aufnahme einer Auslandanleihe stimme seine Fraktion zu.

Abg. Wäntig (Soz.) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion. Abg. Stolt (Komm.) betonte, daß die Denkschrift viele Dinge verschleiere. Abg. v. Wangenheim (WVg.) erklärte sich für Indemnität und für die Anleihe. Abg. Dr. Pinkerneil (Dvp.) wandte sich gegen eine Monopolstellung der Regierung auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft. Abg. Falk (Dem.) trat für die Vorlage ein, ersuchte aber eine Konkurrenz zwischen Preußen und dem Reich in der Elektrizitätswirtschaft zu vermeiden.

Handelsminister Dr. Schreiber erklärte, daß unsere Elektrizitätspolitik sich nicht zu einem Monopol in der Inflationswirtschaft auswirken werde. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat, die Verhandlungen mit Amerika nicht zu erschweren. Die Beratungen werden am Donnerstagabend fortgesetzt.

*

Die Herren Parlamentarier sind sich ausnahmsweise einmal alle einig; die Auslandanleihe von 150 Millionen Mark zur Fortsetzung der Sozialisierung von Privatbetrieben muß also doch wohl ein ganz hervorragender Gedanke sein. Schade, daß man als simpler Laie das nicht versteht und sich vergebens fragt: Warum linderte man eigentlich nicht den auf den Privatbetrieben lastenden Steuerdruck, damit sie arbeiten können und nicht 1½ Millionen Arbeiter erwerbslos gemacht werden? Und warum wendet man die Millionen-Kredite, die der Staat erhalten kann, eigentlich nicht den notleidenden Privatbetrieben zu, sondern läßt die Privatbetriebe erst durch den Steuerdruck herunterkommen und die Arbeiter brotlos werden und kauft dann die Betriebe zu Schleuderpreisen auf — oder errichtet gar neue — und betreibt sie dann von Staats wegen, was erfahrungsgemäß teurer ist, und also eine weitere Steuererhöhung, weitere Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit nach sich zieht?

Wenn man an die jetzt fast 1¾ Millionen Erwerbslosen denkt, könnte man als simpler Laie wirklich auf den Gedanken kommen, daß es Zeit wäre, nun einmal Schluß mit der bisherigen offensichtlich nicht gerade erfolgreichen Steuer- und Sozialisierungspolitik zu machen. Schon sprach einer der Abgeordneten aus, daß die 150 Millionen nicht reichen würden: wo soll das also eigentlich noch hinführen? Und wer soll die Zinsen dieser Anleihen aufbringen? Vielleicht die Arbeitslosen und die Eigentümer der stillgelegten Privatbetriebe? Die jetzige Anleihe mag ja als Folge der bisherigen Politik vielleicht unvermeidbar sein — denn sonst würden unmöglich alle Parteien zustimmen — aber dann muß man doch sagen: was ist das für eine Politik, die alles darauf abstellt, eine Auslandanleihe zu erhalten und einfach festfähe, wenn die Herren Auslandkapitalisten einfach einmal keine Lust hätten, eine Anleihe zu gewähren? Und für die Zukunft sollte man wirklich an einer weniger an Katastrophenpolitik gemahnenden Politik und mehr an Beseitigung der Ursachen der Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit denken. Wieviel Not könnten die 150 Millionen, an richtiger Stelle eingesetzt, mildern!

Ein Wirtschaftsprogramm

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat ein Wirtschaftsprogramm veröffentlicht, das die Ueberschrift trägt „Das Programm der deutschen Not".

Zunächst wird betont, daß die ständig steigende Erwerbslosigkeit das Grundleid jedes Deutschen auf Arbeit gefährde. Die Grundlagen des Dawesplanes hätten sich als haltlos erwiesen. Wirtschaft und Lebenshaltung in Deutschland seien immer stärker zurückgegangen.

Die Reichsregierung wird aufgefordert, entscheidende handelspolitische Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Arbeit vor dem völligen Erliegen zu schützen. Luxuseinfuhr dürfe es für Deutschland nicht mehr geben. Die Reichsbank habe die Einfuhr fremder Waren auf dem Kreditwege erleichtert.

Währung und Reichsbankpolitik müßten von ausländischem Einfluß befreit werden.

Die Neubelebung der deutschen Produktion müsse von der deutschen Landwirtschaft ausgehen. Zur Hebung der Kreditnot müßten öffentliche Mittel verwendet werden. Die Steuern und die Verwaltung der Steuern im Reich, Ländern und Gemeinden müßten erheblich reformiert werden. Eine Finanzstatistik müsse schleunigst herausgegeben werden.

Die öffentlichen Ausgaben müßten sich nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler richten. Eisenbahn und Post müßten wieder zu Instrumenten der deutschen Volkswirtschaft werden. Die Selbstverwaltungskörper müßten sparsam wirtschaften.

Im Reich und den Ländern müßten die Verfassungen eingreifend geändert werden. Eine erste Kammer müsse geschaffen werden, die demagogischen Einflüssen nicht ausgesetzt sei.

Die Erwerbslosenfürsorge höher bezahlter Angestellten.

In der 7. Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministeriums, wonach auch die Angestellten von 2700 bis 6000 Mark Jahreseinkommen in die Erwerbslosenfürsorge einbezogen werden, ist gegenüber der ersten Regierungserklärung im Reichstage insofern noch eine Aenderung eingetreten, als die Beiträge nicht ab 1. Februar, sondern schon ab 1. Januar 1926 zu entrichten sind.

Reichsangestelltentagung der Deutschnationalen Volkspartei

Die 7. Reichsangestelltentagung der Deutschnationalen Volkspartei vereinigte am Sonntag 300 Vertreter aus allen Gauen Deutschlands in Reichstagsgebäude in Berlin. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es, daß die wirkliche Ursache für die ungeheuerliche Stellenlosigkeit unter den deutschen Angestellten in der Einengung des deutschen Lebensraumes durch den Versailler Friedensvertrag und die ihn ausführenden und ergänzenden internationalen Diktate und Verträge erblickt werden müsse.

Es werden von der Regierung verlangt:

Schutz des deutschen Arbeitsmarktes, Freiheit zur Arbeit und zum friedlichen Wettbewerb der deutschen Angestellten in allen Ländern, Kündigung des Dawes-Paktes, Befreiung deutschen Landes von der Besatzungstruppen und Heimkehr Oesterreichs zum Reiche, bevor ein Antrag auf Eintritt in den Völkerbund gestellt wird.

Festgestellt wurde, daß zwischen den Forderungen der deutschnationalen Angestellten und der Politik der deutschnationalen Reichstagsfraktion volle Uebereinstimmung besteht.

In seinem innerpolitischen Referat führte Reichstagsabgeordneter Schlange-Schöningen die gegenwärtigen sozialen Notstände darauf zurück daß die Wirtschaft nicht mehr funktioniere, weil der Staat nicht mehr funktioniert. Der alte Staat war der soziale, der neue habe anstelle der sozialen Wirklichkeit die soziale Phrase gesetzt. Notwendig sei die Rückkehr zum konstitutionellen System, Einschränkung der Parlamentsrechte und stärkere Regierungsgewalt für den Reichspräsidenten.

Die Beteiligung der Landkreise an den städtischen Schullasten.

Im Unterrichtsausschuß des preußischen Landtags erklärte Oberregierungsrat Hubrich, daß der Referentenentwurf für eine Beteiligung der Landkreise an den Lasten der Städte, die diesen aus den höheren Schulen erwachsen, fertig sei.

Eine grundsätzliche Erörterung entspann sich bei der Beratung des deutschnationalen Antrags „auch in Reform-Realgymnasien, die mit englisch anfangen, zu gestatten, in der Unterterta mit Latein anzufangen". Ministerialrat Richert erklärte, daß der Antrag aus sachlichen Gründen abzulehnen sei. In der Aussprache bemerkte u. a. Abg. Dr. Bölitz (DVp.), daß der Antrag im Widerspruch zur Schulreform und zu früheren Beschlüssen des Landtages stehe. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Angenommen wurde der Satz, daß die Regierung feststellen soll, ob die Art. 146 und 147 der Reichsverfassung, soweit sie Privatschulen betreffen, als geltendes Recht anzusehen sind.

Zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion teilt zu der am Freitag vom Reichstagsplenum beschlossenen Rückverweisung der Anträge über das Gemeinde-Bestimmungsrecht mit, daß sie durch die Rückverweisung verhindert wurde, folgende Erklärung durch den Abg. Rippel abgeben zu lassen:

„Die Deutschnationale Reichstagsfraktion sieht in der Wahrung der christlich-sittlichen Volksgüter ihre wichtigste Aufgabe und wünscht, daß der Kampf gegen die Trunksucht im Interesse der Volksgesundung mit allem Ernst geführt wird. Die Fraktion verlangt deshalb einmütig nicht nur verschärfte Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen, sondern eine wirksame Reform des Konzessionswesens.

Eine Trockenlegung Deutschlands lehnen wir mit gleicher Einmütigkeit ab und werden deshalb dem Antrage Bides zustimmen. In der Frage, ob das Gemeinde-Bestimmungsrecht hierzu ein brauchbares Mittel darstellt, ist die Fraktion geteilter Meinung. Das ist um so natürlicher als ja noch gar nicht feststeht, daß diese Frage bei der Beratung des bald vorzulegenden Schankstättengesetzes in gründlicher Untersuchung geklärt wird."

Der Nagel in der Zigarette

und andere Pariser Geschichten.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Um das französische Tabakmonopol tobt seit einiger Zeit ein heftiger Kampf. Gegner und Anhänger des Monopolgedankens liefern sich homerische Wort- und literarische Federschlachten. Der Staat hat bisher zugesehen. Aber diese Ruhe ist der Regierungsverwaltung anscheinend etwas eintönig vorgekommen und so hat sie in den letzten Tagen persönlich in den Kampf eingegriffen, nicht ohne dabei eine gewisse Originalität zu zeigen. Sie hat sich folgendermaßen eingeführt: eines schönen Tages kaufte ein biederer Pariser Bürger eine Zigarre, aber als er sie rauchen wollte, hatte sie keinen Zug. Das kommt auch bei anderen Zigarren vor, aber diese hier kam ihm besonders verdächtig vor, den sie besaß eine ungewöhnliche Härte. Da die Zigarre trotz aller Versuche nicht ihrer natürlichen Bestimmung entgegengehen wollte, entblätterte schließlich der verzweifelte Raucher das corpus delicti, und siehe da, er fand in ihm einen schönen großen, etwas angerosteten Nagel. Aber die Regie ist vielseitig, sie scheint auf den Gedanken gekommen zu sein, eine Art „bonbons de surbrise", eine Serie Alltagsartikel zu fabrizieren, denn einen Tag später entdeckte ein anderer in einer Zigarette einen Bindfadenknäuel von einigen Zentimeter Länge. Da die Regie auch Zündhölzer herstellt, so hat sie ihre Scherze auch auf diese ausgedehnt. Es kann passieren, daß man eine Schachtel kauft, die eine niedliche Sammlung kleiner Holzstäbe darstellt, ohne Phosphor oder Schwefel, und die in der Sammlung der staatlichen Scherzartikel unter „Zündhölzer" geht. Leider hat die Regie nicht den erhofften Erfolg, denn die Pariser sind unter dem Schwanken des Frankenkurses etwas nervös geworden und haben die Scherze der Monopolverwaltung nicht sehr günstig aufgenommen. Vielleicht spornt dieser Mißerfolg den Staat zu neuen Versuchen an.

Es passieren überhaupt allerhand merkwürdige Dinge in Frankreich, sogutgen Salz und Pfeffer auf der großen politischen Tafel. Daß einem ambulanten Händler von dem Präsidentensitz einer kleinen Stadt verboten wird, eine öffentliche Rede zu halten, ist immerhin selten. Und doch ist dies in der Stadt Castelnaudary geschehen, wohin sich der französische Landwirtschaftsminister Durand in Begleitung des Kultusministers de Monzie und des Unterstaatssekretärs Laval begeben hatte, um eine politische Manifestation zu leiten. Der Bürgermeister von Castelnaudary ist jedoch kein Freund des Linkskartells, dem die drei Minister angehören und so verbot er kurzerhand jede Kundgebung in den Straßen. Die Minister und ihre Freunde mußten sich mit einem ziemlich stillen und kläglichen politischen Bankett begnügen. Das Beste an der Geschichte aber ist, daß der Bürgermeister sich auf eine frühere Verordnung Durands selber berief, der einstmals Bürgermeister der Stadt war und der in dieser Verordnung, im Interesse der nationalen Eintracht jede öffentliche politische Kundgebung untersagt hatte.

Eine andere politische Begebenheit, die einige Zeit zurückliegt, erhält jetzt eine neue und man kann sagen verblüffende Auslegung durch die „Action Francaise." Es handelt sich um den verflorbenen Präsidenten Deschanel, dem bekanntlich das Unglück passierte, auf einer Präsidentenreise aus dem Zuge zu fallen. Man erinnert sich vielleicht der Einzelheiten. Deschanel fand sich in den ersten Morgenstunden in einer gottverlassenen Gegend im Schlafanzug und wankte den Eisenbahndamm entlang, bis er einen Streckenwärter fand. Dieser brave Mann sah plötzlich wie vom Himmel gefallen einen Herrn im Pyjama und in verstörtem Zustande vor sich, der zu ihm sagte: „Erschrecken Sie nicht, ich bin der Präsident von Frankreich." Der Streckenwärter ist, was wahrscheinlich die meisten in seinem Falle getan hätten. Er hielt den Präsidenten von Frankreich ganz einfach für einen Verrückten. Es ist niemals aufgeklärt worden, wie Deschanel aus dem fahrenden Zuge hatte fallen können, aber die „Action Francaise" weiß es jetzt. Da es für dieses Blatt anscheinend niemals vorkommen darf, daß ein Präsident von Frankreich nicht ganz seiner Geisteskräfte Herr ist — Deschanel spazierte später im Teich von Rambouillet statt in der Alle — so war es einfach der englische Kammerdiener des Präsidenten, der ihm eine Pille gegeben hatte. Und der politische Nutznießer und vielleicht der Anstifter war — Millerand, Deschanels Nachfolger auf dem Präsidentensessel. Also sprach die „Action Francaise".

Darf ein Mann seiner Frau seine eigene Wohnung vermieten? Diesen Fall wird jetzt ein Pariser Gerichtshof zu entscheiden haben. Die Angelegenheit liegt folgendermaßen. Ein etwas betagter Herr hat eine um 20 Jahre jüngere Dame geheiratet, aber die Ehe verlief nicht so wie es sich die beiden gedacht hatten. Man beschloß, sich scheiden zu lassen. Aber nun erhob sich das Problem der Wohnung. Kurz nach der Heirat hatten die beiden Ehegatten einen Vertrag geschlossen dahingehend, daß der Ehemann seiner Frau seine Wohnung für die Dauer von 30 Jahren zu einem Mietspreise von 3000 Franken pro Jahr vermietete. Er verlangt jetzt seine Miete, aber die Frau behauptet, daß der Kontrakt niemals in Kraft getreten sei, weil die Miete niemals bezahlt wurde. Man darf gespannt auf das Urteil des Pariser Richters sein, der die Fähigkeiten eines modernen Salomon zu entwickeln haben wird.

Zum 150. Geburtstag von Joseph von Görres.

Joseph von Görres, in der deutschen Literatur bekannt als ein glänzender Vorläufer des deutschen Journalismus, wurde am 25. Januar 1776 in Coblenz geboren. In seinen Jugendjahren war Görres ein begeisterter Anhänger der Ideen, die in der großen französischen Revolution zur Geltung kamen. Görres spielte eine Hauptrolle im Coblenzer Republikanischen Klub und hat sich schon damals durch seine hinreißende Beredsamkeit hervor. Die Mißwirtschaft, die damals bei den kleinen deutschen Potentaten herrschte, ließ den für Reformideen leicht empfänglichen Görres den Anschluß an Frankreich finden. Er ging sogar soweit, daß er einmal erklärte: „Die Natur schuf den Rhein als Frankreichs Grenze; es lebe die Frankenrepublik!" Als dann der 24jährige Görres zu Ende des Jahres 1799 als Anwalt des neu gebildeten Rhein- und Mosel-Departements nach Paris gesandt worden war, lernte er dort die Militärdiktatur Napoleons kennen und außerdem auch die faulen und morschen Zustände im der französischen Hauptstadt. Schwer enttäuscht zog er sich aus dem politischen Leben zurück und aus seiner früheren Begeisterung wurde tiefer Haß gegen alles Französische. Görres beschäftigte sich nunmehr sehr viel mit wissenschaftlichen Arbeiten auf historischem Gebiete. 1806 kam er in Heidelberg mit den deutschen hervorragenden Romantikern in Berührung. 1814 gründete er den „Rheinischen Merkur", ein Blatt, in dem Görres sein Talent auf publizistischem Gebiete voll entfaltete. Nach glücklicher Beendigung der Freiheitskriege trat Görres in seinem Blatte lebhaft und energisch für Wiederherstellung eines Deutschen Kaiserreiches ein. Sein Blatt wurde von der preußischen Regierung verboten. Infolge seiner flammenden Schriften gegen die Reaktion mußte er nach dem Elsaß fliehen. Jetzt aber vollzog sich eine neue Wandlung bei Görres, der nunmehr zu strenge kirchlichen Anschauungen zurückkehrte. Seine Haupt-Lebensaufgabe blieb von jetzt ab die Verteidigung der katholischen Kirche. 1827 wurde er von König Ludwig I. als Professor der Geschichte nach München berufen. Dort ist er am 29. Januar 1848 gestorben.

Nur die Ruhe kann es bringen ...

Als der berühmte Komponist und Dirigent Verdi einmal eine für ½9 Uhr angesetzte Probe des „Maskenballes" leitete, kam ein Oboespieler erst nach 9 Uhr an, beeilte sich aber durchaus nicht, sondern ging langsam und gemütlich an seinen Platz.

Der sehr pünktliche Verdi rief ihm empört zu: „Was soll das heißen, Sie kommen ja eine halbe Stunde zu spät!"

Der Musiker aber setzte ruhig die Teile seines Instrumentes zusammen, ohne ein Wort zu sagen.

Verdi wurde immer wütender und schrie: „Wollen Sie mir nicht antworten, warum Sie so spät kommen?"

Da sagte der Oboist in aller Seelenruhe: „Ach teurer Meister, seien wir noch froh, daß ich wenigstens um 9 Uhr gekommen bin!"

Alles lachte und Verdi lachte mit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260127018/fragment/page=0002